Stadtvertretung der Landeshauptstadt

Schwerin

Datum: 2019-03-26

Dezernat: III / Fachdienst
Verkehrsmanagement
Bearbeiter/in: Wappler, Steffi
Telefon: (0385) 5 45 20 61

Beschlussvorlage Drucksache Nr.

01684/2019

öffentlich

Beratung und Beschlussfassung

Dezernentenberatung
Hauptausschuss

Betreff

Bauvorhaben Um-/Ausbau von 9 barrierefreien Haltestellen im Stadtgebiet

Beschlussvorschlag

Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, die öffentliche Ausschreibung zur Durchführung des Bauvorhabens „Um-/Ausbau von 9 barrierefreien Haltestellen im Stadtgebiet“ durchzuführen.

Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, mit dem wirtschaftlichsten Bieter einen Bauvertrag zur Durchführung des Bauvorhabens „Um-/Ausbau von 9 barrierefreien Haltestellen im Stadtgebiet“ abzuschließen.

Begründung

1. Sachverhalt / Problem

Nach § 5 Absatz 5 der Hauptsatzung für die Landeshauptstadt Schwerin trifft der Hauptausschuss im Einvernehmen mit dem Oberbürgermeister die Entscheidung über den Abschluss von Werkverträgen mit einem Wert ab 30.000 Euro.

Für das Bauvorhaben „Um-/Ausbau von 9 barrierefreien Haltestellen im Stadtgebiet“ soll eine öffentliche Ausschreibung über das Zentrale Vergabemanagement der Landeshauptstadt Schwerin durchgeführt werden.

Das Land Mecklenburg-Vorpommern hat ein Sonderprogramm „Barrierefreie Haltestellen in Mecklenburg-Vorpommern“ zum Ausbau der öffentlichen Infrastruktur aufgelegt. Bei entsprechenden Vorhaben werden Zuwendungen von bis zu 80 % der zuwendungsfähigen Ausgaben gewährt. Ein entsprechender Fördermittelantrag wurde im Februar 2018 gestellt.

Gemäß § 8 Abs. (3) Personenbeförderungsgesetz (PBefG) sind die Aufgabenträger verpflichtet eine vollständige Barrierefreiheit im öffentlichen Personennahverkehr bis zum 01. Januar 2022 zu erreichen. Der Um-/Ausbau dieser 9 Haltestellen ist das 2. Paket zur Erreichung dieses Zieles bis 2022. Es werden weitere Bauvorhaben folgen, welche die

Vorgaben des Personenbeförderungsgesetzes umsetzen.

Das Bauvorhaben sieht den Um-/Ausbau von 9 Haltestellen vor, so dass eine barrierefreie Nutzung durch alle Menschengruppen gewährleistet werden kann. Insbesondere mobilitätseingeschränkte Personen (Blinde, Sehbehinderte, Rollstuhlfahrer, etc.) können nach dem Um-/Ausbau die Haltestellen uneingeschränkt nutzen. Im Zuge des Bauvorhabens werden der sogenannte Kasseler Sonderbord, Blindenleitsysteme sowie die Befestigung der Haltestellen hergestellt.

Folgende Haltestellen sollen umgebaut werden:

- Am Tannenhof stadtwärts
- Am Tannenhof landwärts
- Dohlenweg stadtwärts
- Dohlenweg landwärts
- Krebsbach stadtwärts
- Ludwigsluster Chaussee stadtwärts
- Ludwigsluster Chaussee landwärts
- Sternwarte stadtwärts
- Sternwarte landwärts

Eine Abstimmung mit dem Behindertenbeirat zu den einzelnen Haltestellen hat stattgefunden, die Anregungen wurden in der Planung berücksichtigt.

2. Notwendigkeit

Ein großer Teil der bestehenden Haltestellen im Stadtgebiet erfüllen nicht die Anforderungen an eine barrierefreie Nutzbarkeit durch alle Personengruppen. Gerade mobilitätseingeschränkte Personen können die Haltestellen bisher gar nicht, mit Hilfe oder nur eingeschränkt nutzen. Dieser Umstand soll nun sukzessive geändert werden, so dass nach Möglichkeit bis 2022 alle Haltestellen im Stadtgebiet die Kriterien für eine barrierefreie Nutzbarkeit erfüllen.

3. Alternativen

Die Ausschreibung und der zu schließende Bauvertrag zum Um-/Ausbau der barrierefreien Haltestellen wird nicht geschlossen. Dementsprechend erfolgt auch kein barrierefreier Um-/Ausbau, eine Verbesserung der Infrastruktur für alle Personengruppen kann nicht erzielt und die Forderungen des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) nicht erfüllt werden. Bei einer späteren Realisierung ist die Akquirierung von Fördermitteln ungewiss, so dass die Maßnahme eine größere Belastung aufgrund der Ausgaben für den städtischen Haushalt darstellt.

4. Auswirkungen auf die Lebensverhältnisse von Familien

Durch den Um-/Ausbau von Haltestellen können diese von allen Personengruppen genutzt werden. Im Besonderen mobilitätseingeschränkte Personen wie Rollstuhlfahrer, ältere Personen sowie Personen mit Kinderwagen erfahren hierdurch eine verbesserte Nutzbarkeit des öffentlichen Personennahverkehrs.

5. Wirtschafts- / Arbeitsmarktrelevanz

Die Ausschreibung der Bauleistung soll in einem öffentlichen Ausschreibungsverfahren erfolgen. An diesem werden sich aller Voraussicht nach ortsansässige Firmen beteiligt, so dass die örtliche Bauwirtschaft gestärkt wird.

6. Darstellung der finanziellen Auswirkungen auf das Jahresergebnis / die Liquidität

Der vorgeschlagene Beschluss ist haushaltsrelevant

ja (bitte Unterabschnitt a) bis f) ausfüllen)

nein

Die entsprechenden Haushaltsmittel sind im Haushaltsplan 2017/2018 veranschlagt.

Investitionsmaßnahme: 5470116001 „Barrierefreie Haltestellen“ im Teilhaushalt 10 – Verkehr (10)

Für diese und weitere Maßnahmen für barrierefreie Haltestellen standen bereits in den Haushaltsjahren 2017/18 insgesamt Auszahlungsansätze in Höhe von 370.000 Euro zur Verfügung. Das hier beschriebene Bauvorhaben wird aus den Haushaltresten des Haushaltes 2017/2018 finanziert. Bisher sind ca. 198.000 Euro verausgabt worden.

a) Handelt es sich um eine kommunale Pflichtaufgabe: ja/~~nein~~

b) Ist der Beschlussgegenstand aus anderen Gründen von übergeordnetem Stadtinteresse und rechtfertigt zusätzliche Ausgaben:

c) Welche Deckung durch Einsparung in anderen Haushaltsbereichen / Produkten wird angeboten:

d) Bei investiven Maßnahmen bzw. Vergabe von Leistungen (z. B. Mieten):

Nachweis der Unabweisbarkeit – zum Beispiel technische Gutachten mit baulichen Alternativmaßnahmen sowie Vorlage von Kaufangeboten bei geplanter Aufgabe von als Aktiva geführten Gebäuden und Anlagen:

Betrachtung auch künftiger Nutzungen bei veränderten Bedarfssituationen (Schulneubauten) sowie Vorlage der Bedarfsberechnungen:

Welche Beiträge leistet der Beschlussgegenstand für das Vermögen der Stadt (Wirtschaftlichkeitsbetrachtung im Sinne des § 9 GemHVO-Doppik):

Das Vermögen der Landeshauptstadt Schwerin steigt in Höhe der für den Auftrag anfallenden Auszahlungen. Etwaige Fördermittel führen zu einer Erhöhung der

Sonderposten.

Grundsätzliche Darstellung von alternativen Angeboten und Ausschreibungsergebnissen:

Die Ausschreibung wird den Vorschriftenkonformen Ausbau von barrierefreien Haltestellen enthalten. Alternativen dazu sieht sie nicht vor. Im Ergebnis der Ausschreibung soll das wirtschaftlichste Angebot den Zuschlag erhalten.

e) Welche Beiträge leistet der Beschlussgegenstand für die Sanierung des aktuellen Haushaltes
(inklusive konkreter Nachweis ergebnis- oder liquiditätsverbessernder Maßnahmen und Beiträge für Senkung von Kosten, z. B. Betriebskosten mit Berechnungen sowie entsprechende Alternativbetrachtungen):

f) Welche Beiträge leistet der Beschlussgegenstand für die Sanierung künftiger Haushalte
(siehe Klammerbezug Punkt e):

Durch den Um-/Ausbau der Haltestellen werden die Unterhaltungskosten in den Folgejahren gesenkt.

über- bzw. außerplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen im Haushaltsjahr

Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen im Produkt: ---

Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge / Mehreinzahlungen bzw. Minderaufwendungen / Minderausgaben im Produkt: ---

Die Entscheidung berührt das Haushaltssicherungskonzept:

ja

Darstellung der Auswirkungen:

nein

Anlagen:

- Übersichtskarte

gez. Dr. Rico Badenschier
Oberbürgermeister